

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH
Schriftleitung und Verlag: München, Hofstatt 5, 2. Stock
Postcheckkonto München Nr. 2426 / Telefon 93378/93379

Donnerstag
93378/93379

Einzeln
Bezugsp
bühr un

Le G. P. U. tente, même à l'étranger
de supprimer ses détracteurs

On a eu maintes fois l'occasion de constater que le G. P. U. ne se contentait pas d'exécuter sur le territoire même des Soviets ses adversaires gênants, mais encore qu'il se chargeait de supprimer, à l'étranger, les personnalités susceptibles de nuire à la cause soviétique.

Les faits qui viennent de se dérouler à Munich confirment une fois de plus la réalité de ces agissements criminels.

Un journal bavarois Gerade Weg (Le chemin droit), ayant comme rédacteur en chef M. Gerlich, catholique bavarois très connu, avait commencé, il y a plusieurs mois, la publication de révélations sensationnelles sur les séances secrètes de la III^e Internationale. Ces documents authentiques, provenant de l'entourage des dirigeants soviétiques, montraient notamment l'activité de la III^e Internationale et G. P. U. en Allemagne.

M. Gerlich reçut immédiatement des lettres de menace dont les auteurs lui ordonnaient de cesser immédiatement la publication des documents « volés, dissimulés et nos archives ».

Nummer 26

München, den 26. Juni 1932

Hinter den Kulissen der Reichspolitik

Neber die Besprechung der Innenminister der Länder mit dem Reichsinnenminister Freilinger von Gagl am vorigen Mittwoch wurde ein amtlicher Bericht herausgegeben, der eine bedeutungsvolle Veränderung der Politik der Reichsregierung in der Behandlung der deutschen Weisheitspolitik darstellt. Nach diesem amtlichen Bericht, richtete am Schluß der Aussprache der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden Landesbestimmungen der Weisheitspolitik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen.

Von dem um unser Reich lachlich bezogten deutschen Presse ist diese Erklärung des Reichsinnenministers einheitlich als das Eingehändnis aufgefaßt worden, daß sachliche Gründe gegen die Maßnahmen einzelner Länderregierungen, insbesondere Bayerns, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht beizubringen waren. Vielmehr hätte sich Herr von Gagl zur Begründung seines Vorgehens lediglich auf das politische Gebiet zurückziehen müssen. Das aber tat er nicht mit anderen Worten, daß die Reichsregierung in diesem Falle nicht jene ungebundenen Hände zu haben glaube, die nach ihren Versicherungen von ihrer Unparteilichkeit und Weisheitspolitik bisher von ihr in Anspruch genommen waren.

Unser Leser erinnert sich wohl daran, daß wir schon in früheren Nummern, insbesondere aber in der vorausgegangenen, unserer Aufmerksamkeit Ausdruck gaben, in welchem oft seltsamen Gegensatz die Worte der jetzigen Reichsregierung zu ihren Taten stehen. Es erschien uns im Interesse der öffentlichen Klarheit erwünscht, wenn sie für die Begründung ihrer Handlungen auch jene Worte wählen würde, die dem Sinne und Ziele ihrer Handlungen klar entsprende. Es ist daher verständlich, daß wir die eben erwähnte amtliche Mitteilung durchaus begrüßen. Sie nennt — wenn auch in vorläufiger Formulierung — die Sachlage so, wie sie wirklich ist. Denn sie gesteht ein, daß es politische und nicht Verwaltungsgründe sind, die die Reichsregierung in der Frage der Weisheitspolitik im Sinne.

Für unsere Leser bedeutet dieses Eingehändnis nichts Neues. Haben wir doch schon sehr lange vor Eintritt in unseren Aufsatz „General von Schleicher Reichsminister“ (Nr. 21 vom 22. Mai 1932) nicht nur die Tatsache des bevorstehenden Sturzes des Reichsministers Brünning mitgeteilt, sondern auch seitdem fortlaufend eingehende Angaben über die Taktik des neuen „nationalen Konzentrationskabinetts“ gemacht. Wir weisen heute auf diese Tatsache ausdrücklich hin. Wir tun es nicht deshalb, weil unsere Annahmen in Erfüllung gegangen sind. Es wäre uns im Interesse unseres Volkes viel lieber, wir hätten uns geteilt. Wir erwöhnen diese Voraussetzungen der Politik der Reichsregierung vielmehr aus dem Grunde, um unseren Lesern einmal hinreichend zu zeigen, wie die einzelne politische Grundentscheidung fast automatisch sich zu praktischen Handlungen verknüpft, die nicht mehr ganz im Belieben ihrer Urheber stehen.

An der jetzigen Reichsregierung bemerkt man wieder einmal das Wort, daß sie nach dem Befehle weiterzumachen muß, nach dem sie angetreten ist. Die äußerlich wenig klaren — ja fast widersprüchlichen — Handlungen von ihr zeigen sofort eine innere Folgerichtigkeit, wenn man nur fest im Auge faßt, auf welche Machtstufen sie sich stützt und welche ihr entgegenstehen. Die jetzige Reichsregierung ist durch einen Willensakt im Sinne des Reichspräsidenten eingeleitet worden. Dem letzteren war von den verfassungsmäßig nicht verantwortlichen Rätegebern gegen das Kabinetts Brünning erklärt worden, das deutsche Volk — insbesondere sein „national begreiflicher“ und „staatlich aufbauender“ Teil — verlange nach einem neuen Regierungssystem. Schon die erste Aufnahme des neuen Kabinetts im Volke aber zeigte deutlich, daß der Herr Reichspräsident über die Stimmung desselben nicht richtig beraten worden war. Entgegen den Erwartungen fand das neue Kabinetts nirgendwo eine vorbehaltlose Unterstützung. Am meisten zeigte sich noch die Jugenderwartung

dafür ein. Die Hitlerpartei hat nach allem, was wir in der Zwischenzeit erfahren haben, zwar durch ihren „Führer“ dem neuen Kabinetts privim sehr weitgehende Zusagen gemacht, sie magte es jedoch nicht, sich auch öffentlich zu ihm zu bekennen. Die bisher die Reichspolitik tragenden Parteien aber stellten sich in eine entschiedene Opposition.

Es ergab der Austritt der neuen Reichsregierung, daß sie im Grunde genommen nur über eine einzige Stütze verfügt und das ist der Wille des Herrn Reichspräsidenten. Bei dem verfassungsmäßigen Aufbau des Deutschen Reiches aber reicht dieser für sich allein nicht aus, eine Regierung zu tragen. Dem Kabinetts blieb — wenn es auf verfassungsmäßigen Wege stehen wollte — nichts anderes übrig, als das deutsche Volk zu befragen und wenigstens formell durch Wahlschreibung den 31. Juli als Entscheidungstag über sein Bestehen zu bestimmen.

Wir haben schon in früheren Nummern unserer Lesern die Tatsache vorgetragen, daß das Kabinetts jedenfalls in seinem politisch stärksten Mitglied, dem jetzigen Reichswehrminister von Schleicher, die Entscheidung über die Zukunft des Reiches vorwegnehmen zu dürfen glaube und von seinem mindestens vierjährigen Bestande sprach. Wir gaben der Ansicht Ausdruck, daß dieses Optimismus Zusagen von Adolf Hitler zugrundeliegen. Wir bemerkten aber gleichzeitig, daß diese allein uns nicht als ein zureichender Grund für das Vertrauen der Herren Schleicher und Wesselen in die Dauer ihrer Regierung erschienen. Vielmehr seien wir auf Grund der verschiedenen Versicherungen und Handlungen der neuen Reichsregierung der Ansicht, daß sich diese eine weitere Stütze ihrer Macht bis zum 31. Juli zu schaffen verüben und das sei der Grund der Verzögerung aller staatlichen Maßnahmen des Reiches und der Länder in der Hand der Reichsregierung. Diese Ansicht ergab sich für die Reichsregierung schon aus dem Umstand, daß sie in nicht geringerer Grade gegen Hitler wie für ihn ist.

Die während der letzten Kabinettsstufen an die Öffentlichkeit gekommenen Versicherungen von Persönlichkeiten, die dem jetzigen Kabinetts nahe stehen, haben ja bereits darauf hingewiesen, daß sich jedenfalls gewisse Kreise dem Wahren hingeben, auf diesem Wege die Hitlerbewegung „abzubremsen“ zu können. Wir haben seinerzeit fast unsere Zweifel an dem Gelingen dieses Versuches geäußert. Die Abbremsung der Hitlerbewegung war unter dem Kabinetts Brünning im engsten Verein mit weitesten Kreisen des deutschen Volkes verknüpft worden. Es ist nun ganz klar, daß eine Regierung, die mit diesen Kreisen bricht, die Kraft verliert, die sie ihr zur Verfügung stellen können. Ebenso klar ist, daß diese Regierung die Kräfte der nationalsozialistischen Partei nicht gewinnen kann. In dem Augenblicke verlieren auch wir sie mit ihrer „Abbremsung“ ernst zu machen beginnt.

Diese politische Taktik mag sehr geschickt erscheinen, sie ist in Wirklichkeit sehr wenig geschickt. Denn sie bringt die Regierung zwischen zwei Wahlsteine: nämlich zwischen die in zwei Teile geteilte Bevölkerung, die sich zwar gegenseitig bekämpfen, aber doch diese Regierung ablehnen, weil sie gegen beide eingestuft ist. Eine Regierung mit solcher Taktik hat im letzten Ende eben nur jene oben besprochene verfassungsmäßige Stütze aus dem Willen des Herrn Reichspräsidenten für sich, der sie ihre Entstehung verdankt.

Diese mehr als schmale Machtgrundlage der neuen Reichsregierung reicht nicht nur in einem mehr als klaffenben Gegenstand zu ihren lauten Worten von ihrer Stärke aus ihrer Unparteilichkeit, sie hat sie auch von Anfang an gezwungen, diesen Grundbesitz der Unparteilichkeit tatsächlich zu verlegen, wenn sie ihn auch noch so oft vor unserem Volke wiederholte. Ohne die geheimen Zusagen Hitlers bestände, diese Regierung überhaupt schon nicht mehr.

Diese geheimen Zusagen aber wurden von dem Führer der nationalsozialistischen Partei natürlich nicht „gratis und umsonst“ gegeben. Eine beratende politische Vermögensverwendung (Fortsetzung siehe Seite 2)

Das Pariser „Journal“ und „Der gerade Weg“

Unsere Russenberichte finden internationale Beachtung!

Die Geheimberichte aus Moskau, die das „Gerade Weg“ seit Monaten veröffentlicht hat, haben überall das größte Aufsehen erregt. Vor allem steht fest, daß alles, was in den Berichten vorausgesagt wurde, eingetroffen ist. Diese untrüglichen Beweise haben auch jene Kreise überzeugt, die geneigt waren, die Echtheit der Berichte zu bezweifeln.

Nr. 14490 des Pariser „Journal“ vom 19. Juni 1932 befragt sich in dem oben im Original wiedergegebenen Artikel gleichfalls mit unseren Geheimberichten. Der Bericht, dem wir nichts mehr hinzuzufügen haben, lautet:

Auch im Ausland versucht die G.P.U. ihre Überwachter zu vernichten!

Einige holländische Zeitungen, „Der gerade Weg“, deren Chefredakteur Herr Gerlich, ein sehr bekannter holländischer Katholik ist, hatte vor einigen Monaten begonnen, sensationelle Enthüllungen über die Geheimhaltungen der 3. Internationale zu veröffentlichen. Diese authentischen Dokumente, die aus der Umgebung der Führer der Komintern stammen, zeigten ganz offensichtlich die Aktivitäten der 3. Internationale und der G.P.U. in Deutschland.

Sehr wenig erebte jedoch Drohbriefe, deren Verfasser ihm befohlen, unverzüglich die Veröffentlichung der Dokumente einzustellen, „welche“, wie sie sagten, „in unseren Archiven geblieben worden sind“.

Der 18. russische Geheimbericht

Am 4. Juni fand in Moskau eine Sitzung des Politbüros statt, die sich mit der internationalen Lage der Sowjetunion befaßte, wobei auch auf die Situation in Deutschland eingegangen wurde.

Nach der Eröffnung der Sitzung durch Molotoff wurde Krestinsky das Wort erteilt. Krestinsky machte u. a. folgende Mitteilungen: „Die Gefahr für einen Zusammenstoß im fernsten Osten ist in letzter Zeit scheinbar zurückgegangen. Trotz unseres geringen Erfolges, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika Unterstützung gegen die Japaner zu finden, können wir seit einiger Zeit der Entwicklung hier ruhiger zusehen. Unsere Verbindungen in der japanischen Marinekreise haben sehr gut funktioniert, ebenso wie unsere Bestellungen bei der dortigen Schiffbauindustrie und das Propagieren einer japanischen Expansion nach dem Südosten Asiens. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir etwa unsere Aufmerksamkeit vermindern dürfen. Im Gegenteil. Wir müssen für die allernächste Zeit schon mit dem Gegenstoß unserer erbitterten Feinde im japanischen Generalstab rechnen.“

Krestinsky wollte fortfahren und auf die Lage im Westen eingehen. Doch wurde der zweite Teil seines Vortrags auf Antrag Stalins für die nächste Sitzung des Politbüros zurückgestellt, da dieser erst Radek, der sich in letzter Zeit ausschließlich mit dem deutschen Problem befaßt, Gelegenheit geben wollte, sich über die deutsche Politik zu äußern.

Radek führte u. a. folgendes aus: „Die Regierung Papen erfüllt unsere Erwartungen. Noch nie seit dem Bestehen der Republik in Deutschland hat es eine so lange Reihe antisozialer und volksfeindlicher Taten und Worte seitens der Regierung gegeben. Die Folge davon ist die Schaffung der letzten Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution. Die erste Voraussetzung war der Niedergang des kapitalistischen Systems. Die Sozialfaschisten haben sich als seine Ärzte erklärt und versuchen ihn zu heilen. Die Regierung Brüning war ebenfalls als Arzt des Kapitalismus zu betrachten. Die neue Regierung will nicht den Kapitalismus heilen. Denn sie will es ja nicht wahrhaben, daß er krank ist. Sie wird also — wie es dem Wesen der Reaktion entspricht, daß sie es erst ist, die revolutionäre Spannung der Massen so verdichtet, daß es zur Explosion kommt — alles

das wiederholen, wodurch der Kapitalismus jetzt tödlich erkrankt ist. Trotzdem wir also in dem jetzigen Stadium die neue Regierung Papen-Hitler selbstverständlich auf das schärfste bekämpfen und nach außen hin diesen Kampf sogar noch schärfer als den gegen die Brüning-Regierung in Erscheinung treten lassen müssen, haben wir uns aber darüber im klaren zu sein, daß bei der Revolutionierung Deutschlands gerade diese Regierung — wenn auch wider ihren Willen — unser indirektes Bundesgenosse ist. Genau so, wie es Hitler gewesen ist und teilweise auch heute noch ist. Unsere Hauptfeinde sind also nicht Papen und Hitler, sondern nach wie vor diejenigen Kreise, deren Exponenten Brüning und Scoring sind. Ich brauche nicht näher darauf einzugehen und die Annahme, daß die Regierung und das System Papen-Hitler nach einer kurzen Periode fallen wird, ist so elementar, daß sie einer besonderen Begründung nicht bedarf.“

Damit ist unsere Taktik genau aufzeichnet. Leyten. Endes sind die Sozialfaschisten oder die Katholiken genau solche Feinde der proletarischen Revolution, wie es Papen und die übrigen Barone sind. Aber die ersteren sind die lebensfähigeren und nur sie sind in ständiger, den Kapitalismus zu erhalten und die uns günstige Entwicklung der Dinge zu hemmen. Sie sind also der stärkere Feind. Papen und Hitler sind trotz der Bajonette und Millionen, die heute noch hinter ihnen stehen, die schwächeren von diesen beiden Gruppen. Wenn man aber zwei Gegner hat, dann braucht es nicht zu sagen, welche Taktik da angewandt werden muß. Unser augenblicklicher tatsächlicher Feind ist also die katholisch-sozialfaschistische Opposition und auf ihre Bekämpfung muß unser ganzes Feuer gerichtet sein. Unermüdet müssen wir sie in Parlamenten und Verhandlungen provozieren und vor ihren Anhängern, die sie jetzt besitzt und die ihr bald aus dem Hitlerlager zuströmen können, bloßstellen. Unsere ganze Presse und der ganze Propagandaapparat in Deutschland hat diese Aufgabe zu erfüllen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß eben deshalb wir uns in unserer eigenen Opposition gegen die Regierung von niemandem übertrumpfen lassen dürfen. Es genügt aber nun die reine Propagandätätigkeit bei weitem noch nicht. Wir müssen auch die